

Bericht über den LABEL Rechtsworkshop

„Oberlieger-Unterlieger-Probleme – Das Verhältnis von Oberliegern und Unterliegern bei Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“

*in Dresden
am 20. und 21. Januar 2011*



Bericht zum Rechtsworkshop „Oberlieger-Unterlieger-Probleme“ am 20. und 21. Januar 2011 in Dresden

Bericht

Stefanie Greis (INFRASTRUKTUR & UMWELT, Professor Böhm und Partner)

RA Johannes Bohl, Fachanwalt für Verwaltungsrecht (BOHL & COLLEGEN RECHTSANWÄLTE)

Kanut Maucher (Sächsisches Staatsministerium des Innern)

Gesamtredaktion

INFRASTRUKTUR & UMWELT, Professor Böhm und Partner

Fotos

Regina Hille (Sächsisches Staatsministerium des Innern)

Übersetzungen

Tschechisch: KERN AG

Das Projekt LABEL wird kofinanziert durch den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung im INTERREG Programm CENTRAL EUROPE

Inhalt

1	Begrüßung und Einführung	4
2	„Das Verhältnis von Oberliegern und Unterliegern bei Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“	4
3	Zusammenfassung der Diskussion	6
3.1	<i>Bestehende Rechtsgrundlagen und deren Verbindlichkeit</i>	6
3.2	<i>Weiterer Regelungsbedarf für die Kooperation zwischen Ober- und Unterlieger</i>	6
3.3	<i>Fazit und Ausblick</i>	9

Anhang

A1 Präsentationen

A2 Hintergrundpapier

Johannes Bohl, 2011: Das Verhältnis von Oberliegern und Unterliegern bei Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen.

A3 Teilnehmerlisten

1 Begrüßung und Einführung

Andreas Kühl, Sächsisches Staatsministerium des Innern, begrüßte die Teilnehmer des LABEL Rechtsworkshops zum Thema „Oberlieger-Unterlieger-Probleme – Das Verhältnis von Oberliegern und Unterliegern bei Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“. Die aktuelle Hochwasserlage an Elbe und Moldau in Tschechien, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Hamburg zeigt, wie aktuell das Thema des Workshops ist.

Den Rahmen für den Rechtsworkshop bietet das Projekt LABEL – Anpassung an Hochwasserrisiken im Elbeeinzugsgebiet. Bereits im Vorgängerprojekt ELLA wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für den vorsorgenden Hochwasserschutz in Deutschland, der Tschechischen Republik und für den grenzüberschreitenden Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Elbe aufgearbeitet. Ein weiterer Schwerpunkt des Projektes ELLA wie auch des Nachfolgerprojekts LABEL ist die Öffentlichkeitsarbeit. Beispielsweise wird die Öffentlichkeit mittels einer Wanderausstellung über die Thematik informiert. In dem Projekt LABEL haben sich 20 Projektpartner aus Deutschland, Tschechien, Österreich und Ungarn zusammengeschlossen, um den vorbeugenden Hochwasserschutz an vorhandene Hochwasserrisiken anzupassen. Das Projekt umfasst die Aufbereitung von Hochwassergefahreninformationen, die Verbesserung von Hochwasserrisikomanagement-Methoden (HWRM) genauso wie eine Bewertung der Entwicklungspotentiale im Elbeeinzugsgebiet. Besonders weist Herr Kühl auf die LABEL Abschlusskonferenz hin, die am 23./24.11.2011 in der Dreikönigskirche in Dresden stattfindet.

Auch der Moderator des LABEL Rechtsworkshops, Kanut Maucher, Sächsisches Staatsministerium des Innern, begrüßt die Teilnehmer herzlich. Anschließend führt Herr RA Johannes Bohl, BOHL&COLLEGEN Rechtsanwälte, mit seinem Kurzvortrag grundlegend in die rechtliche Thematik ein:

2 „Das Verhältnis von Oberliegern und Unterliegern bei Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“¹

Das Oberlieger-Unterlieger-Problem ist ein Rechtsproblem, das sich insbesondere im Wasserrecht stellt. Es geht dabei um die Frage, in welcher Rechtsbeziehung die Anlieger eines Gewässers hinsichtlich der Einwirkung auf das Gewässer bzw. deren Auswirkungen stehen. Der Regelungsbedarf entsteht daraus, dass die Einwirkung oder unterlassene Einwirkung des einen Gewässeranliegers sich vor- oder nachteilig auf die anderen Gewässeranlieger auswirkt.

Es bestehen verschiedene Regelungen, die sich auf die Oberlieger-/Unterliegerproblematik beziehen: Das **Völkerrecht** besitzt für die Problematik grundlegende Bedeutung. Es unterscheidet vier Doktrinen zur Regelung der Verteilung grenzüberschreitender Ressourcen zwischen Anrainern gegenüber:

- Unbegrenztes Gemeineigentum
- absolute Souveränität
- absolute Integrität und
- beschränkte Souveränität

¹ Das Hintergrundpapier „Johannes Bohl, 2011: Das Verhältnis von Oberliegern und Unterliegern bei Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“ ist in Anhang A2 zu finden.

Im sogenannten „**Donauversinkungsfall**“ von 1927 wird die Thematik erstmals grundlegend vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich aufgearbeitet. Dieser Fall beschreibt einen Streitfall zur Zeit der Weimarer Republik zwischen dem Land Baden einerseits und den Ländern Württemberg und Preußen andererseits. Das Land Baden wurde beschuldigt, die Donauversinkung mit wasserbaulichen Veränderungen zu fördern und aufgefordert, Maßnahmen gegen die zunehmende Versinkung zu ergreifen. Die für die Staaten in der Völkergemeinschaft geltende Regel des Völkerrechts, nach der eine Pflicht zur gegenseitigen Achtung und Rücksichtnahme besteht, gelten auch in der föderalen Gemeinschaft der deutschen Länder. Der Staatsgerichtshof urteilte unter Anwendung des Völkerrechts, dass kein Staat in einem Staatenbund so wirken darf, dass ein anderer Schaden davonträgt. Damit wurde der Grundsatz der Bundestreue begründet.

Vor allem im Bereich des Umweltschutzes gibt es zahlreiche bilaterale und multilaterale **völkerrechtliche Verträge**. Ein Beispiel für einen völkerrechtlichen Vertrag mit Bezug zum Hochwasserschutz ist die Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) vom 8. Oktober 1990.

Das **Recht der Europäischen Gemeinschaft** regelt den grenzüberschreitenden Hochwasserschutz in verschiedenen Teilbereichen. Es ist zwischen Primärrecht und Sekundärrecht zu unterscheiden: Die Verträge über die Gründung und die Zuständigkeit der Europäischen Union stellen das **Primärrecht** dar. Es regelt u.a. die Grundsätze der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten.

Die von den Organen der Europäischen Union erlassenen Richtlinien gehören zum **Sekundärrecht**. Für den Hochwasserschutz relevant sind vor allem die

- EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) (Richtlinie 2000/60/EG) und die
- EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL) (Richtlinie 2007/60/EG), hier vor allem Art. 7 Abs. 4².

Die Mitgliedsstaaten müssen die Richtlinien in nationales staatliches Recht umsetzen, so dass eine **nationale Gesetzgebung** in diesem Zusammenhang relevant ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist dem internationalen vorbeugenden Hochwasserschutz – soweit durch EU und Völkerrecht vorgegeben – verpflichtet. Die praktische Umsetzung und Ausgestaltung liegt jedoch weitgehend bei den Ländern.

² EU-HWRM-RL, Art. 7, Abs. 4: „Im Interesse der Solidarität dürfen Hochwasserrisikomanagementpläne, die in einem Mitgliedstaat erstellt werden, keine Maßnahmen enthalten, die aufgrund ihres Umfangs und ihrer Wirkung das Hochwasserrisiko anderer Länder flussaufwärts oder flussabwärts im selben Einzugsgebiet oder Teileinzugsgebiet erheblich erhöhen, es sei denn, diese Maßnahmen wurden koordiniert und es wurde im Rahmen des Artikels 8 zwischen den betroffenen Mitgliedstaaten eine gemeinsame Lösung gefunden.“

3 Zusammenfassung der Diskussion

3.1 *Bestehende Rechtsgrundlagen und deren Verbindlichkeit*

Prof. Breuer, Köhler & Klett Rechtsanwälte leitete die Diskussionsrunde ein: Man müsse nicht gleich auf Völkerrecht zurückgreifen, um die Oberlieger-/Unterliegerproblematik zu fassen; im Sekundärrecht gebe es auch wichtige Handhaben: Die EU-Wasserrahmen-Richtlinie (WRRL) verpflichtet zur Kooperation. In der EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL) heißt es wiederum, die Instrumente der WRRL müssen angewendet werden. Daraus ergibt sich auch aus der HWRM-RL eine Verpflichtung zur internationalen Kooperation. Laut Prof. Breuer wird das Kooperationsprinzip in einer Flussgebietseinheit in den EU Richtlinien HWRM-RL und WRRL klar ausgesprochen, Begründung ist der Allgemeingedanke der Richtlinien, nicht Art. 7 Abs. 4 der HWRM-RL. Von Herrn Dallhammer, Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, wird der Rechtsschutz aus dem Gemeinschaftsgrundsatz abgeleitet.

Auch wenn die Rechtsnatur der HWRM-RL im Wasserhaushaltsgesetz nicht geregelt ist, verständigten sich die Teilnehmer nach kurzer Diskussion darüber, dass die HWRM-Pläne und die darin festgelegten Maßnahmen und Ziele interne Verbindlichkeit besitzen, d.h. für Behörden und Länder verbindlich sind. Die Behördenverbindlichkeit gilt sowohl in Deutschland als auch in der Tschechischen Republik nach Verabschiedung durch die jeweils zuständigen Behörden. Das sind in Deutschland die Länderministerien und in Tschechien das Umweltministerium. Eine Rechtsverbindlichkeit gegenüber Privaten besteht jedoch nicht.

Zu den Inhalten der HWRM-Pläne gibt es allerdings keine genauen Vorgaben. Negativ wirksame Maßnahmen müssen ausgeschlossen werden. Ansonsten stellen solche Maßnahmen einen Rechtsverstoß dar, und die EU kann ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten.

3.2 *Weiterer Regelungsbedarf für die Kooperation zwischen Ober- und Unterlieger*

Wie von Herrn Bohl eingangs erörtert wurde, gibt es zahlreiche bestehende Rechtsgrundlagen, wie etwa die EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie, insbesondere den dortigen Art. 7 Abs. 4.

Im weiteren Verlauf wurde der Frage nachgegangen, inwieweit die vorhandenen Regelungen für die transnationale Kooperation ausreichend sind oder ob Konkretisierungen notwendig sind, insbesondere bei der Ableitung von Rechtsansprüchen.

Laut Prof. Breuer sind die EU-HWRM-RL und die Inhalte der Maßnahmen in den HWRM-Plänen bewusst offen gehalten und damit einer Konkretisierung zugänglich. Die Raumordnung, die Bauleitplanung und die wasserwirtschaftliche Fachplanung sind gefordert, die HWRM-Pläne zu konkretisieren und ihr vorhandenes Instrumentarium einzusetzen. Daher spricht er sich deutlich gegen weitere Gesetze oder eine Konkretisierung der bestehenden Regelungen aus.

Prof. Faßbender, Universität Leipzig begreift die Erstellung der HWRM-Pläne als iterativen Prozess mit kooperativem Ansatz: die Aufgabe der Planung ist es, sich in einem internationalen Flusseinzugsgebiet abzustimmen und den Schwerpunkt auf das Hochwasser-Risiko-Management zu legen.

Generell herrscht Einigkeit darüber, dass es derzeit keinen Bedarf für weitere Konkretisierung des gesetzlichen Instrumentariums gibt. Die Offenheit der EU-Richtlinie wird allgemein positiv bewertet. Herr Mainusch, Freie und Hansestadt Hamburg, erläutert, dass bei der Umsetzung der Richtlinie in Länder-Wasserrecht bei Bedarf bewusst konkretisiert werden kann. So wird beispielsweise in Hamburg das Tidehochwasser in den zu erstellenden HWRM-Plänen bewusst nicht betrachtet oder

die Öffentlichkeitsbeteiligung detailliert geregelt. Auch Herr Peters, Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz bestätigt, dass der Freiraum bei der Umsetzung der Richtlinie durchaus positiv gesehen wird. Wichtige Herausforderung und Chance zugleich ist die Sensibilisierung gegenüber dem Instrument HWRM-Plan und dessen Maßnahmen.

In der Tschechischen Republik wird die offene Formulierung der Richtlinie ebenfalls als positiv betrachtet und ist auch so in nationalem Recht umgesetzt. Entscheidend ist allerdings, dass die Maßnahmen in den HWRM-Plänen so konkret wie möglich beschrieben werden.

Vor allem Herr Rolfsen, Universität Bielefeld, hat in Zweifel gezogen, ob das geltende WHG die EU-HWRM-RL ordnungsgemäß umsetzt und die Wiederholung des Richtlinien textes im WHG kritisiert. Praktische Anwendung der EU-HWRM-RL und des nationalen Rechts

Als Problemfeld wurde die Umsetzung der HWRM-Pläne in Raumordnung, Fachplanung und kommunaler Planung identifiziert. Eine strengere Anwendung des vorhandenen Instrumentariums wird gefordert. Vor allem in der kommunalen Bauleitplanung werden Defizite genannt.

Kommunale Planung

So stellte sich zunächst die Frage, ob sich die Behördenverbindlichkeit der HWRM-Pläne auch auf die kommunale Planung übertragen lässt. denn die Gemeinden sind eigenständige Körperschaften des öffentlichen Rechts. Von daher wurde von einzelnen Teilnehmern die unmittelbare Verbindlichkeit der HWRM-Pläne gegenüber Kommunen auch verneint.

Durch mehrere tschechische Teilnehmer wurde überstimmend berichtet, dass in der Tschechischen Republik die Pläne für Bürger und Kommunen erst verbindlich seien, wenn sie in einem Flächennutzungsplan umgesetzt sind. In Deutschland gestaltet sich die Lage komplizierter: Herr Dallhammer erläuterte, dass keine unmittelbare, sondern eine mittelbare Verbindlichkeit infolge der resultierenden Schadensersatzpflicht bestehe. Prof. Breuer ergänzte, dass, obwohl kein Anspruch der einzelnen Bürger auf Umsetzung der HWRM-Pläne besteht, trotzdem verschiedene Szenarien eines Rechtsstreits denkbar sind, die sich auf einzelne Maßnahmen im HWRM-Plan beziehen:

- Normenkontrollverfahren gegen Bebauungspläne, d.h. eine Prüfung der Rechtmäßigkeit des Bebauungsplans unter Beachtung der Anforderungen des vorbeugenden Hochwasserschutzes
- Abwehransprüche eines Betroffenen gegen hochwasserrelevante Vorhaben, d.h. eine Prüfung ob sich die Hochwassersituation durch eine Maßnahme verschlechtert. Herr Bohl ergänzte, dass z.B. in der Rechtsprechung des Bayer. Verwaltungsgerichtshofs die Anforderungen des § 78 WHG vollumfänglich als nachbarschützend angesehen werden, soweit es sich um ein festgesetztes Überschwemmungsgebiet handelt. Bei nur tatsächlich vorhandenen Überschwemmungsgebieten ist jedoch der Nachweis einer konkreten Gefährdung erforderlich.

Aus dieser Überlegung folgt, dass auch für den Fall fehlender unmittelbarer Rechtsverbindlichkeit der HWRM-Pläne gegenüber Kommunen diese zur Vermeidung von Haftungsrisiken gut beraten sind, die Pläne unbedingt in der kommunalen Planung zu beachten.

Herr Seifert, Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal / Osterzgebirge, stellte die Ergebnisse einer internen Untersuchung der Bautätigkeit im Überschwemmungsgebiet der Elbe im Umland von Dresden vor und nach dem Extremhochwasser 2002 vor. Die Zahl der Neubauten im Innenbereich ist auch nach 2002 erstaunlich hoch, viele dieser Gebäude sind Wohngebäude. Herr Dallhammer stellte dazu klar, dass bei fehlerhafter Bauleitplanung die Kommunen haften. Eine Verdichtung im Innenbereich ist prinzipiell gewollt, aber nur wenn Regelungen zum

hochwasserangepassten Bauen befolgt werden. Das Bundesverwaltungsgericht habe das so klar entschieden. Herr Peters erinnerte an die „gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse“ (Art. 1 Abs. 6 BauGB), die zu gewährleisten sind. Eine Kommune müsse den Hochwasseraspekt auch im Innenbereich berücksichtigen, sonst werde sie schadensersatzpflichtig. Problem in der Praxis sei aber das genehmigungsfreie Bauen. Die Instrumente der Raumordnung müssen, so Prof. Breuer, stärker genutzt werden, da diese in der kommunalen Praxis verbindlich sind. Die Aufsicht gegenüber der Bauleitplanung der Kommunen müsse verbessert werden.

Herr Novosad, Tschechisches Ministerium für Regionalentwicklung und Herr Pacak, Bezirk Königgrätz, erläuterten spezielle Regelungen im Tschechischen Baugesetz. So bestehe seit kurzem ein Vorkaufsrecht der Regierung für ausgewiesene Flächen, Enteignung sei also praktisch möglich. Dieses Recht werde allerdings kaum angewendet, da der finanzielle Aufwand meist sehr hoch sei. Außerdem sei der Staat für die Finanzierung von unerlässlichen Aus- und Umbauten am Gewässer zuständig, wenn ein öffentliches Interesse nachgewiesen wurde. Das Finanzministerium stelle den Bezirken hierfür ca. 2 Mio. Tschechische Kronen (entspricht ca. 85.000 €) jährlich zur Verfügung, was natürlich für die erforderlichen Bauvorhaben nicht ausreiche.

Grenzüberschreitende Planung

Bei einem grenzüberschreitenden Einzugsgebiet ist die Koordination über die Grenze hinweg notwendig. Sobald eine Maßnahme z.B. an der deutsch-tschechischen Grenze von einem Staat geplant wird, wird der andere Staat informiert und beteiligt. Außerdem gibt es eine Anhörung sowie die Auslegung von Plänen. Die Beteiligung funktioniert nach Einschätzung der Anwesenden gut.

Die internationalen Schutzkommissionen sind ebenfalls in der Abstimmung zwischen Staaten tätig und diskutieren auch grundsätzliche Fragen des Gewässeraus- oder -umbaus. Dank der EU-Richtlinien ist in internationalen Flusseinzugsgebieten auch eine kooperative Regulierung möglich.

Auch bei technischen Hochwasserschutzmaßnahmen wie dem Bau von Deichen gibt es praktische Regelungen zur grenzüberschreitenden Kooperation: beispielsweise die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch werden die Bedenken der Ober- bzw. Unterlieger berücksichtigt.

Die EU-HWRM-RL geht im Vergleich zu den bestehenden Regelungen einen Schritt weiter: Laut Art.7 Abs. 4 müssen gemeinsame Lösungen gefunden werden.

Inhalte von Risikomanagementplänen

In der Diskussion wurde mehrfach auf konkrete Inhalte möglicher Risikomanagementpläne eingegangen und von Teilnehmern hierzu Beispiele gegeben. Diese hatten ihren Schwerpunkt in der Darstellung von Überschwemmungsbereichen und der technischen Bereitstellung von Baumaßnahmen für den Hochwasserschutz (Dammbauten, Wehre etc.). Handlungsanweisungen für den Hochwasserfall sowie Kompetenzregelungen über den Vollzug enthalten diese Risikomanagementpläne bislang wohl überwiegend nicht. Auch enthalten sie wohl weitgehend keine Verfahrensweisen für die grenzüberschreitende Abstimmung einzelner akuter Maßnahmen (sowohl im Verhältnis der Bundesländer untereinander als auch zu anderen Staaten). Herr Bohl fragte kritisch an, ob dann Fälle außergewöhnlich hohen Hochwassers, bei denen die technischen Vorkehrungen versagen, ausreichend gelöst seien, denn nach seinem Verständnis beschränke sich Art. 7 Abs. 3 der RL nicht auf die Planung von Bauwerken und Flächen. Gerade hierin liege auch eine Ober-/Unterliegerproblematik, denn in der konkreten Gefahrenlage müsse ggf. zwischen verschiedenen negativen Folgen für den einen oder anderen abgewogen und dann auch auf gesicherte Kompetenzgrundlage gehandelt werden können.

Für den konkreten Fall der Gefahrenmaßnahmen der Elbehochwasser wurde durch Herrn Maucher berichtet, dass – auch ohne bislang grenzüberschreitenden gemeinsamen Risikomanagementplan – jedenfalls in den letzten Jahren eine gute Zusammenarbeit der sächsischen und der tschechischen Behörden erfolgt sei und so z. B. auf tschechischer Seite effektive Maßnahmen ergriffen wurde, die Schäden auf deutscher Seite verhinderten oder zumindest weitgehend minimierten.

Weitgehend Einigkeit bestand unter den Teilnehmern, dass die Beachtung der Hochwasserrisikokarten sowie der Risikomanagementpläne auf der kommunalen Ebene verbessert werden müsse. Allzu häufig würden noch immer Flächen neu bebaut, die hochwassergefährdet sind oder für Hochwasserrückhaltung benötigt würden. Die kommunalen Interessen seien jedenfalls mit den übergeordneten Interessen des großräumigen Hochwasserschutzes nicht immer in Ausgleich gebracht. Von einzelnen Teilnehmern wurden Beispielsfälle angeführt, wie sich Kommunen in ihrer Bauleitplanung über die Erfordernisse des Hochwasserschutzes hinwegsetzen oder aber auch beachten. Von mehreren Teilnehmern wurde deshalb vorgeschlagen, dass die Vorgaben für den vorbeugenden Hochwasserschutz in der für die Kommunen verbindlichen Regionalplanung verstärkt werden sollen. Auch seien die Aufsichtsbehörden gefordert, auf den Vollzug des WHG zu drängen und sowohl Bauleitplanung der Kommunen wie auch das Bauen im Außenbereich verstärkt unter den Vorgaben und Erkenntnissen der §§ 72 ff. WHG zu prüfen.

3.3 *Fazit und Ausblick*

Kanut Maucher betonte zusammenfassend, dass in internationalen Flussgebietseinheiten im Bereich der Europäischen Union

- zum einen für den vorbeugenden Hochwasserschutz die EU-HWRM-RL die zentrale gemeinsame rechtliche Grundlage ist, die einen guten Rahmen für grenzüberschreitende Kooperation bietet.
- Zum anderen sind die praktische Umsetzung und die Anwendung der Richtlinie auf den vorbeugenden Hochwasserschutz die zentralen Herausforderungen. Wichtig ist daher für einen wirksamen vorbeugenden Hochwasserschutz ein kooperativer Ansatz und eine langjährige Zusammenarbeit.

Prof. Faßbender ergänzte, dass sich das rechtliche Instrumentarium mit Bezug zur Oberlieger-/Unterlieger Problematik in weitreichenden Regelungen im nationalen Recht wiederfindet. Die EU-HWRM-RL bietet den Rahmen für eine flusseinzugsgebietsbezogene Abstimmung mit der Möglichkeit, Wissen und Erfahrungen auszutauschen und dabei voneinander zu lernen und gemeinsam schwierige Situationen zu managen. Konkret ist Art. 7 Abs. 4 als rechtliche Verpflichtung zur Zusammenarbeit zu verstehen. Hilfreich könne eine Institutionalisierung der koordinierenden Behörden sein.

Herr Rolfsen, Universität Bielefeld, erinnerte daran, dass die EU-HWRM-RL nur ein gutes Instrument ist, wenn sie ordentlich umgesetzt wird. Genaue Vorgaben zu den Inhalten fehlen seiner Ansicht nach..

Prof. Breuer betonte, dass das Oberlieger-/Unterlieger-Problem eigentlich ein bekanntes und alltägliches Problem des Wasserrechts ist. Es sei ein Verdienst der EU-Richtlinien (EU-HWRM-RL und EU-WRRL), dass der Gemeinschaftsgedanke auf eine höhere Ebene gehoben wurde. Ein großer Vorteil der HWRM-RL sei die Offenheit, sie erlaube und zwingt gleichzeitig zum frühzeitigen Austausch zwischen den Ländern und Staaten eines Flusseinzugsgebietes. Sie

ermögliche aber auch die notwendige Konkretisierung im nationalen Recht. Hierfür sei auch ein Austausch wie dieser Rechtsworkshop sinnvoll.

Die Rechtslage, so das Fazit von Herrn Dallhammer, ist sehr einfach. Der mehrfach diskutierte Art. 7 Abs. 4 EU-HWRM-RL gilt für jeden. Die Staaten der Europäischen Union leben in einer Solidargemeinschaft mit gegenseitigen Treue- und Rücksichtnahmepflichten.

Frau Skalová, Tschechisches Umweltministerium, betonte, dass die internationale Zusammenarbeit im Rahmen von Projekten noch intensiviert werden sollte. In dieser Zusammenarbeit entstehen wichtige Dokumente, welche oftmals Grundlage für die Internationalen Schutzkommissionen sind. So wird ein Ergebnis von LABEL sein, dass ein gemeinsames Verständnis zur EU-HWRM-RL erarbeitet wird. Die nationalen Umsetzungen der Richtlinie in den deutschen Bundesländern, in der Tschechischen Republik, in Österreich und in Ungarn werden diskutiert, Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden identifiziert und bewertet. Schließlich wird das Vorgehen bei der Umsetzung und Koordination abgestimmt.

Ein gemeinsames Verständnis der praktischen Umsetzung der rechtlichen Grundlagen wurde auch in diesem Workshop erarbeitet: Mehrfach betont wurde die Wichtigkeit des planerischen Ansatzes, welcher z. B. dem Baurecht vorgelagert ist. Zentral ist hierbei der raumplanerische Ansatz beim vorbeugenden Hochwasserschutz. Die Ausweisung von Vorranggebieten in Regionalplänen ist eines der interessantesten Instrumente für eine gebietsbezogene planerische Einflussnahme.

Anhang

A1 Präsentationen

Die Präsentationen des Rechtsworkshops sind unter folgendem Link zu finden:

<http://www.label-eu.eu/events/legal-workshop.html>

A2 Hintergrundpapier

Das Hintergrundpapier „*Das Verhältnis von Oberliegern und Unterlieger bei Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen*“ von Johannes Bohl, 2011, das zu dem Rechtsworkshop ausgearbeitet wurde, ist unter folgendem Link zu finden:

<http://www.label-eu.eu/events/legal-workshop.html>

A3 Teilnehmerlisten

Teilnehmer LABEL Rechtsworkshop
 „Oberlieger-Untertiege-Probleme – Das Verhältnis von Oberliegern und Untertiege bei
 Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“



Donnerstag, 20.01.2011 / Dresden

Name / Jméno	Organisation / Organizace	Unterschrift / Podpis
Bohl, Johannes RA	BOHL&COLLEGEN Rechtsanwälte	
Breuer, Rüdiger RA Prof. Dr.	Köhler & Klett Rechtsanwälte	
Dallhammer, Wolf-Dieter	Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	
Durinke, Peter RA	DE WITT Rechtsanwalts-gesellschaft mbH	
Faßbender, Kurt Prof. Dr.	Universität Leipzig - Juristen-fakultät	
Greis, Stefanie	INFRASTRUKTUR & UMWELT, Prof. Böhm und Partner	
Grimm, Birgit	Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie	
Götze, Roman RA Dr.	GÖTZE Rechtsanwälte	
Háp, Petr	Královéhradecký Kraj	
Hille, Regina	Sächsisches Staatsministerium des Innern	
Holas, Jiří	Královéhradecký Kraj	
Jendrike, Harald	Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	
Koch, Jan	Ústecký Kraj	

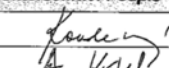
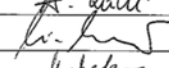
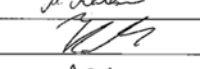

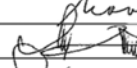
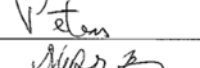
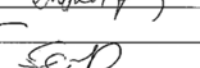
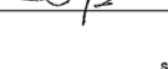







Seite 1 von 3

Teilnehmer LABEL Rechtsworkshop
 „Oberlieger-Untertiege-Probleme – Das Verhältnis von Oberliegern und Untertiege bei
 Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“



Donnerstag, 20.01.2011 / Dresden

Name / Jméno	Organisation / Organizace	Unterschrift / Podpis
Koudelkova, Katerina	Povodí Vltavy	
Kühl, Andreas	Sächsisches Staatsministerium des Innern	
Mainusch, Michael	Freie und Hansestadt Hamburg	
Matern, Martina	Dolmetscherin	
Maucher, Kanut	Sächsisches Staatsministerium des Innern	
Meyer, Kristina	TU Dortmund, Fakultät Raumplanung	
Novosád, Filip	Tschechisches Ministerium für Regionalentwicklung	
Novotná, Jolana	Ústecký Kraj	
Pacák, Milan	Královéhradecký Kraj	
Peters, Martin	Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz	
Řezníčková, Jana Dr.	Královéhradecký Kraj	
Rolfen, Michael	Universität Bielefeld	
Seifert, Peter	Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge	



Seite 2 von 3

Teilnehmer LABEL Rechtsworkshop
 „Oberlieger-Untertiege-Probleme – Das Verhältnis von Oberliegern und Untertiegern bei
 Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“



Donnerstag, 20.01.2011 / Dresden

Name / Jméno	Organisation / Organizace	Unterschrift / Podpis
Skálová, Helena	Ministerstvo životního prostředí	
Tremel, Vaclav RN Dr.	Krajský Úřad Plzeňského Kraje	
Werth, Martin	Landesdirektion Dresden	
Westphälinger, Thomas	Dolmetscher	
Vytejckova, Veronika	Ministerstvo životního prostředí	



Seite 3 von 3

Teilnehmer LABEL Rechtsworkshop
 „Oberlieger-Untertiege-Probleme – Das Verhältnis von Oberliegern und Untertiegern bei
 Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“



Freitag, 21.01.2011 / Dresden

Name / Jméno	Organisation / Organizace	Unterschrift / Podpis
Bohl, Johannes RA	BOHL&COLLEGEN Rechtsanwälte	
Breuer, Rüdiger RA Prof. Dr.	Köhler & Klett Rechtsanwälte	
Dallhammer, Wolf-Dieter	Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	
Durinke, Peter RA	DE WITT Rechtsanwalts-gesellschaft mbH	
Faßbender, Kurt Prof. Dr.	Universität Leipzig - Juristen-fakultät	
Greis, Stefanie	INFRASTRUKTUR & UMWELT, Prof. Böhm und Partner	
Grimm, Birgit	Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie	
Götze, Roman RA Dr.	GÖTZE Rechtsanwälte	
Háp, Petr	Královéhradecký Kraj	
Hille, Regina	Sächsisches Staatsministerium des Innern	
Holas, Jiří	Královéhradecký Kraj	
Jendrike, Harald	Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	
Koch, Jan	Ústecký Kraj	

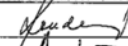
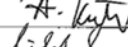
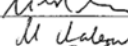
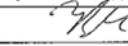

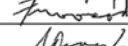

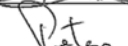
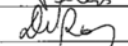
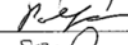
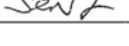




Seite 1 von 3

Teilnehmer LABEL Rechtsworkshop
 „Oberlieger-Untertiege-Probleme – Das Verhältnis von Oberliegern und Untertiege bei
 Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“



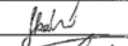



Freitag, 21.01.2011 / Dresden

Name / Jméno	Organisation / Organizace	Unterschrift / Podpis
Koudelkova, Katerina	Povodí Vltavy	
Kühl, Andreas	Sächsisches Staatsministerium des Innern	
Mainusch, Michael	Freie und Hansestadt Hamburg	
Matern, Martina	Dolmetscherin	
Maucher, Kanut	Sächsisches Staatsministerium des Innern	
Meyer, Kristina	TU Dortmund, Fakultät Raumplanung	
Novosád, Filip	Tschechisches Ministerium für Regionalentwicklung	
Novotná, Jolana	Ústecký Kraj	
Pacák, Milan	Královéhradecký Kraj	
Peters, Martin	Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz	
Řezníčková, JanaDr.	Královéhradecký Kraj	
Rolfen, Michael	Universität Bielefeld	
Seifert, Peter	Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterrgebirge	

Teilnehmer LABEL Rechtsworkshop
 „Oberlieger-Untertiege-Probleme – Das Verhältnis von Oberliegern und Untertiege bei
 Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes an (internationalen) Flussläufen“



Freitag, 21.01.2011 / Dresden

Name / Jméno	Organisation / Organizace	Unterschrift / Podpis
Skálová, Helena	Ministerstvo životního prostředí	
Tremel, Vaclav RN Dr.	Krajský Úřad Píseňského Kraje	
Werth, Martin	Landesdirektion Dresden	
Westphäling, Thomas	Dolmetscher	
Vytejckova, Veronika	Ministerstvo životního prostředí	